

## **Mehrländer, Horst: Wir-eG statt Ich-AG – die genossenschaftliche Ethik der Liberalen\***

**Meine sehr geehrten Damen und Herren!**

**Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde!**

Es sind nur noch 9 Tage bis zur Bundestagswahl!

Und da könnte den Bürgerinnen und Bürgern durch den Kopf gehen: Welche Partei hat für mich die größte Glaubwürdigkeit, dass sie die aktuellen Probleme – wie Eurokrise, steigende Mieten, Sicherheit meines Arbeitsplatzes, meiner Rente und meiner Gesundheitsversorgung – besser als die anderen Parteien löst, so dass ich sie wählen sollte?!

Und stattdessen steht der Mehrländer hier vor uns und will uns was über die genossenschaftliche Ethik der Liberalen erzählen.

Was soll das?

Nun, meine Damen und Herren, für die Einladenden zur heutigen Veranstaltung und für mich macht das in der jetzigen heißen Phase des Wahlkampfes sehr wohl Sinn.

**Denn:**

**Ethik, ethisches Handeln ist die Grundlage für Glaubwürdigkeit.** Und Glaubwürdigkeit ist das größte Pfund einer Partei und ihrer Politiker/innen. Früher haben die Wählerinnen und Wähler danach entschieden, welchem Politiker sie die größte Sachkompetenz bei der Lösung von Problemen zutrauten. Heute – so die Politikforscher – ist angesichts komplexer, kaum noch überschaubarer Probleme das entscheidende Kriterium, welchem Politiker/in die Wähler/innen die größte Glaubwürdigkeit zutrauen.

Die Grünen haben diesen Bedeutungswechsel zwischen Glaubwürdigkeit und Sachkompetenz erkannt. So formulierte die Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke jüngst mit moralinsaurer Arroganz: „Die Altruisten wählen die Grünen; die Egoisten die FDP.“

---

**\* Dieses Impulsreferat wurde von Staatssekretär a.D., Dr. Horst Mehrländer, am 13. September 2013 im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der FDP-Stadtgruppen Plieningen-Birkach, Sillenbuch und Stuttgart-Ost sowie der Liberalen Senioren, der Liberalen Frauen und der Jungen Liberalen gehalten.**



**Dr. Horst Mehrländer: Wir-eG statt Ich-AG – die genossenschaftliche Ethik der Liberalen**

Und schon sind wir bei unserem Thema: Die Altruisten finden wir in der **Wir-eG**, analog übernommen von der Abkürzung „eG“ für „eingetragene Genossenschaft“. Die Egoisten finden wir in der **Ich-AG**, analog übernommen von dem Konzept der Ich-AG aus der Agenda 2010. Die Ich-AG ist der Ich-Bürger, der nur seine eigenen Interessen sieht. Er klagt gegen die neue Kita in seiner Nachbarschaft, gegen das laute Glockenläuten der Kirchen, gegen die Erschließung eines neuen Wohnbaugebietes. Und im Wahlkampf brüstet er oder sie sich als Nicht-Wähler. Denn: Die Politiker sind sowieso alle Lügner, von denen man nichts erwarten kann. Nicht-Wähler sind Pharisäer, die nie ein „Wir“ über die Lippen bekommen, sondern nur ein Ich, Ich, Ich.

### **Die Frage ist nun: Wie hat sich diese genossenschaftliche Ethik entwickelt?**

Das möchte ich Ihnen kurz darstellen:

Im 19. Jahrhundert sah Hermann Schulze-Delitzsch aufgrund seiner liberalen Grundhaltung die Genossenschaften als – so wörtlich – „Innung der Zukunft“ und als praktisches Mittel und mittelstandspolitisches Organ an; als Organ, das von unten her dezentral wirkt.

Friedrich-Wilhelm Raiffeisen war in dieser Zeit der große Pionier des ländlich-landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und der Begründer der Raiffeisenbanken. Für ihn galt: „Einer für alle, alle für einen.“

Die Genossenschaften haben seit dieser Zeit einen beispielhaften Siegeszug hingelegt. Er verstärkt sich in der heutigen Zeit, in der Bürger/innen gerade im Energiebereich eigene Aktivitäten im Rahmen von Genossenschaften entwickeln wollen.

Grundlage dieses Siegeszuges waren von Anfang an die sog. „6 S“. Dabei handelt es sich um

- Selbsthilfe
- Selbstbestimmung
- Selbstverantwortung
- Selbstverwaltung
- Solidarität und
- Spekulationsentzug.

Was steht hinter diesen „6 S“? Nun:

- **Selbsthilfe** heißt: Nicht wollen und auch nicht erwarten, dass der Staat alle Aufgaben entscheidet und erledigt. Genau das wollen aber grüne und rote Politiker. Deswegen drängen sie an die Schalthebel staatlicher Macht.
- **Selbstbestimmung** heißt: Das ist das Gegenmodell zur staatlichen Steuerung durch Verbote, Gebote und Subventionen, als dem sog. „goldenen Zügel“. Um frei zu sein, bedarf es der Selbstbestimmung!

Und in dem Zusammenhang möchte ich Theodor Heuss erwähnen. Das Thema „Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn am Neckar“ machte Theodor Heuss im Jahr 1905 zum Thema seiner Dr.-Arbeit. Gerade im Weingärtnerstand sah Heuss eine starke Wurzel des württembergischen Liberalismus und der Genossenschaftsbewegung! Zitat: „Dem Stand der

Weingärtner sei ein stark demokratischer Grundzug der Selbstbestimmung und des gleichen Rechts gemeinsam.“ Wer will Theodor Heuss widersprechen? Keiner!



- **Selbstverantwortung** heißt: Die Bürger/innen entscheiden selbst oder entscheiden mit. Und nicht allein „Vater Staat“, ein entlarvender Begriff ! Letzteres ist allerdings viel bequemer, weil man dann die Verantwortung von einem selbst abschieben kann. Selbstverantwortung kann nämlich sehr mühselig sein!
- **Selbstverwaltung** heißt: Staatliche Bürokratie einschränken oder gar stoppen. Denn: Auch mit staatlicher Bürokratie können die Bürger/innen manipuliert und gegängelt werden.
- **Solidarität** heißt: Die freiheitliche Brüderlichkeit des Liberalismus den christlichen und sozialistischen Solidaritätsvorstellungen, die nur die kirchlich oder staatlich geregelte Umverteilung von oben nach unten kennen, gegenüber stellen. Die Grunderkenntnis ist: Sozial und solidarisch können nur die sein, die etwas haben, und nicht die, die etwas wollen. Auf das Thema „soziale Gerechtigkeit“ werde ich etwas später eingehen.
- **Spekulationsentzug** heißt: Regeln und Kontrollen schaffen, die die ungezügelte Geldgier von Vertretern der Finanzinstitute und von Besitztümern stoppen und damit auch die Vernichtung von privaten Geldanlagen verhindern Auch auf den Finanzmärkten müssen Handeln und Haften wieder untrennbar zusammengefügt werden.

### **Meine Damen und Herren,**

**das ist der genossenschaftliche Wertekanon. Und für mich ist er zugleich der Wertekanon der Liberalen.** Das ist unsere Antwort gegen die „grünen Oberlehrer“ und gegen die Sozialisten! Sie finden ihn übrigens auch im Grundsatzprogramm der FDP Baden-Württemberg, das wir im Januar 2010 beschlossen haben. Dieser Hinweis sei mir als ehemaliger Vorsitzender der Grundsatzkommission, die dieses Programm erarbeitet hat, erlaubt.

Ich ziehe daraus auch die Schlussfolgerung, dass wir Liberale keine „moderne FDP“ brauchen, wie hie und da gefordert wird. Denn für mich steht fest: **Der Zeitgeist ist kein Kind des Liberalismus!** Diese Erkenntnis ist für mich elementar! Sollen doch die anderen Parteien hinter dem Zeitgeist herhecheln und versuchen, ihn immer wieder neu in ihren Programmen einzufangen. Wir Liberale haben unser Werte-Gebäude: Es gründet auf der genossenschaftlichen Ethik, wie ich sie gerade dargelegt habe.

Übrigens: Den grundlegenden Unterschied zwischen der Ethik der Liberalen und der Ethik der Grünen konnten Sie Anfang August diesen Jahres sehr genau erkennen:

Die Grünen wollen in den Kantinen Deutschlands den „**Veggie-Day**“ einführen. Abgesehen davon, dass es sich um ein echt schwäbisches Wort handelt, begründen sie ihren Vorschlag ethisch und natürlich ökologisch. Denn: Es gehe ihnen ja um weniger Massentierhaltung, weniger Hunger in der Welt und um besseres Klima. Und da – das wissen die Grünen genau – es nur die wenigsten Beschäftigten in den Kantinen schaffen, in diesem Sinne über ihren Tellerrand hinaus zu sehen, müssen politische Entscheidungen her!

Natürlich - so sagt es Frau Göring-Eckardt mit treu-braunem Augenaufschlag – soll es keinen Zwang zur Einführung des „Veggie-Days“ geben. Allerdings – fährt sie fort – könne sie sich vorstellen, dass die Politik den „Veggie-Day“ fördere – Achtung: „fördere“! Wie denn ? Das sagt sie nicht! Aber: Das geht ja wohl nur mit öffentlichem, gesetzlichem und/oder finanziellem Druck. Das ist das typische Vorgehen der grünen Bevormunder!

Und hierfür gibt es inzwischen weitere aktuelle Beispiele: Der grüne Landesverkehrsminister Winfried Hermann hat seinen Mitarbeiter/innen in den Toiletten des Ministeriums das Warmwasser



zum Händewaschen abgedreht, um Energie zu sparen! Kostenersparnis: rd. 9.000 € pro Jahr. Und an den Aufzügen hängen Schilder mit der Aufforderung, statt des Lifts die Treppen zu nehmen. Das ist schon bizarr!

Noch einmal zurück zum „Veggie-Day“: **Die liberale Ethik sagt dazu: NEIN** – und zwar auf der Grundlage der „6 S“, die ich Ihnen gerade erläutert habe. Es braucht kein wie immer geartetes Verdikt des Staates, einen Vegetariertag in den deutschen Betriebskantinen einzuführen! Jede und jeder soll in eigener Verantwortung entscheiden, was sie oder er essen will! Im übrigen essen schon längst viele ein- oder zweimal in der Woche fleischlos oder sie fasten vor Ostern – und das ohne Zwang.

Und noch Etwas: Natürlich sind eine artgerechte Tierhaltung und die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen in der Wirtschaft und in den Haushalten notwendig. Hier ist der Staat gefordert, indem er hohe Standards setzt; aber nicht indem er einen „Veggie-Day“ einführt.

### **Meine Damen und Herren,**

ich möchte nun auf zwei Begriffe unserer liberalen Ethik näher eingehen:

- Zum einen auf den **Begriff der Freiheit, verbunden mit Verantwortung**.
- Zum anderen auf den **Begriff der sozialen Gerechtigkeit**, mit dem wir Liberale – so mein Eindruck – uns oft ein wenig schwer tun. Mein Eindruck täuscht nicht: Inzwischen haben Parteienforscher die aktuellen Wahlprogramme analysiert. Ergebnis: Bei den Grünen taucht der Begriff 65 mal auf, bei den Linken 42 mal, bei der SPD 39 mal, bei CDU/CSU 6 mal und bei der FDP lediglich 4 (!) mal.

Der Siegeszug der Freiheit schien nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Auseinanderfallen der Sowjetunion unaufhaltsam. Die Wirtschaft globalisierte. Doch ab 2008 erschütterten die Weltwirtschaft vielfältige Krisen. Geschäftsmodelle einer globalisierten, schlecht regulierten Finanzwirtschaft - verbunden mit der Geldgier von Menschen -, unverantwortliches Handeln und Schuldenmacherei der Staaten haben die Krisen ausgelöst und verstärkt.

Daraus erwachsen Sorgen, die bis in die Mitte unserer Gesellschaft hinein großes Unbehagen hervorgerufen haben und noch hervorrufen, verbunden mit der Frage: **Wie groß sind denn tatsächlich die Freiheiten des Einzelnen und der Gesellschaft?**

### **Meine Antwort:**

- Erstens müssen wir unterscheiden:

Der zügellose Finanzkapitalismus kann nicht mit dem Kapitalismus der Sozialen Marktwirtschaft gleichgesetzt werden. Denn in der Sozialen Marktwirtschaft gehören Handeln und Haften des Kapitals untrennbar zusammen! Das muss auch im Finanzkapitalismus verankert werden, sonst wird er nie beherrschbar (s. Vorschläge für die Bankenstruktur!).

- Zweitens müssen den ordoliberalen Prinzipien, so wie sie von Walter Eucken und Wilhelm Röpke, den Vätern des Neoliberalismus, in der Freiburger Schule entwickelt worden sind, wieder voll Geltung verschafft werden; das heißt: ein durch klare Rahmengesetzgebung des Staates geordneter Wettbewerb. Denn: Freiheit ohne ordnende Regeln und die Kontrolle der Regeln durch den Staat ist Anarchie! Aber: Der Staat ist als Schiedsrichter, nicht als Mitspieler gefordert! Freiheit mit ordnenden Regeln und Kontrolle ist der Kern der Sozialen



Marktwirtschaft, und er steht klar im Gegensatz zu dem „kreativen Sozialismus“ der Linken und von SPD und Grünen.

- Drittens: Die Kehrseite der Freiheit zum Erfolg ist die Freiheit zum Misserfolg! Diese Regel gilt in Wirtschaft und Gesellschaft ! Man braucht schon Rückgrat, um diese doppelte Freiheit auszuhalten!
- Und viertens bin ich überzeugt: Tugend, Einsicht und Verhaltensänderungen lassen sich nicht durch Verbote und Gebote erzwingen. Verantwortung und Charakter können nur in Freiheit durch Vorbilder gedeihen! „Die Freiheit ist die Mutter der Tugend.“ Das erkannte bereits im Jahr 1792 die englische Frauenrechtlerin Mary Wollstonecraft (1759-1797). Sie kämpfte insbesondere um die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

### **Meine Damen und Herren,**

Und nun zum **Begriff der sozialen Gerechtigkeit**, der eng verbunden ist mit den Begriffen Solidarität – eines der vorhin genannten „6 S“ der genossenschaftlichen Ethik -, des Mitgefühls und der Menschlichkeit.

Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit wird von SPD, Grünen und den Linken als eines der Hauptthemen dieses Bundestagswahlkampfes herausgestellt. Und ich frage mich - allerdings schon seit längerem - : Wann geht unsere Partei – die FDP – auf diesem, wie ich es nenne, „Markt der Tugenden“ in die Offensive?

Wir können das - in die Offensive gehen - davon bin ich überzeugt! Wir müssen die freiheitliche Brüderlichkeit, die dem Liberalismus innewohnt, den christlichen und den sozialistischen Solidaritätsvorstellungen gegenüberstellen. Deren Vorstellungen von „sozialer Gerechtigkeit“ liegt die Forderung nach Umverteilung von oben nach unten zugrunde. Und diese Forderung wird - vor allem bei den Sozialisten - auch noch durch die Stimulation von Neid und Missgunst gespeist.

### **Für die Liberalen lautet der Grundgedanke:**

Sozial können nur die sein, die etwas haben, und nicht die, die etwas wollen. Sankt Martin konnte seinen Mantel mit dem Bettler teilen, weil er ihn hatte **und** weil er teilen wollte. – nicht weil der Bettler den Mantel wollte. Wir, die Liberalen, haben Parteimitglieder und Wähler/innen, die sozial denken und handeln. Geben wir ihnen die Heimat, die sie geistig suchen: **Freiheit und soziale Verantwortung**. Ermuntern wir sie, wenn viel Geld vorhanden ist, zu privaten Stiftungen, mit denen soziale Verbesserungen erreicht werden – so wie in den USA durch Bill Gates und andere.

In diesem Zusammenhang zitiere ich: „Freiheit kann nur dann sinnvoll wahrgenommen werden, wenn der Mensch über die notwendige materielle Grundlage verfügt. Materielle Armut ist deshalb kein Gleichheits-, sondern ein Freiheitsproblem und für jede freiheitliche Gesellschaft eine Herausforderung, die sie nicht ruhen lassen darf.“ So steht es in unserem Grundsatzprogramm der FDP Baden-Württemberg. Man sollte es halt „an den Mann und an die Frau“ bringen, und es nicht – meist ungelesen – in die Schublade legen.



Für die möglicherweise nach der Bundestagswahl „vereinigte„ Linke – also SPD, Grüne und Linke - ist der Inhalt von „sozialer Gerechtigkeit“ : Nivellierung und Umverteilung von oben nach unten.

**Vier Beispiele** für diese Art von „sozialer Gerechtigkeit“ nenne ich Ihnen kurz:

### **1. Die Forderung nach der Einheitsschule und damit nach dem „Einheitslehrer“**

Dahinter steht –leider – die Erkenntnis, dass Kinder aus sozial schwächeren Schichten es immer noch schwerer haben, gute Schulabschlüsse zu erreichen. Dem soll durch die Einheitsschule, also die Gemeinschaftsschule, und folgerichtig durch die einheitliche Ausbildung der Lehrer entgegen gewirkt werden.

In der Logik dieser Argumentation ist letztlich das Gymnasium überflüssig und kann abgeschafft werden.

Tatsache ist nun aber, dass es keine „Einheitskinder“ gibt. Daher – so die Liberalen – darf es auch keine „Einheitsbildung“ geben. „Einheitsbildung“ hat zumal die eindeutige Tendenz der Nivellierung der Bildung nach unten. Daher steht die FDP für den Erhalt einer vielfältigen Schullandschaft, die jedem Kind ein seiner Begabung angemessenes Angebot macht.

### **2. Die Forderung nach einer Bürgerversicherung**

Dahinter steht der – teilweise - berechtigte Vorwurf, dass Privat-Patienten von den Ärzten oft schneller und besser behandelt würden als Kassen-Patienten. Daher soll eine „verstaatlichte Einheitskasse“ – und das ist die Bürgerversicherung im Kern – mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen erzeugen, indem die Privatversicherung und damit die sog. Zwei-Klassen-Behandlung abgeschafft wird.

SPD, Grüne und Linke übersehen bei ihrem gemeinsamen Vorschlag geflissentlich, dass z.B. in Baden-Württemberg die Privatversicherten mit einem Anteil von 11% an der Gesamtheit der Versicherten für 25% der Praxis-Umsätze verantwortlich sind. Durch die Bürgerversicherung würde daher die ärztliche Versorgung in der Fläche gefährdet. Ebenso gerieten die Krankenhäuser unter Druck, wenn die Einnahmen durch Privatversicherte wegbrächen. Mit der Bürgerversicherung käme es im Gesundheitswesen zu einer Zwangskollektivierung der ganzen Gesellschaft. Die Grünen wollen außerdem die beitragsfreie Familienversicherung abschaffen. Noch eine Mehr-Belastung!

### **3. Die Forderung nach einem flächendeckendem Mindestlohn**

Diese Forderung wird gespeist durch die Tatsache, dass es bei uns leider immer noch rd. 6 Mio Beschäftigte gibt, die einen Stundenlohn von weniger als 6 € erhalten und damit ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können. SPD und Grüne fordern daher einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € und übernehmen damit die Forderung des DGB. Die Linke übertrumpft sie sogleich und fordert 10 €. Die Skala ist nach oben offen!



Die FDP lehnt einen solchen Mindestlohn ab! Sie steht zur Tarifautonomie. Die Tarifvertragsparteien sollen Lohnuntergrenzen festlegen. Dafür ist das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen auszudehnen oder das Mindestarbeitsbedingungen-Gesetz zu modifizieren.

#### 4. Die Forderung

- nach Erhöhung der Einkommensteuer : SPD, Grüne, Linke;
- nach Einführung einer Vermögensabgabe: Grüne;
- nach Einführung einer Vermögenssteuer: SPD;
- Vermögensabgabe und Vermögenssteuer: Linke;
- Verschärfung der Erbschaftsteuer: SPD, Grüne, Linke;
- Abschaffung der Abgeltungssteuer: Grüne, Linke;
- Abschaffung des bisherigen Ehegattensplittings: SPD, Grüne, Linke.

Mit dieser Steuererhöhungssorgie sollen zugleich Urinstinkte wie Neid und Missgunst gegen die sog. „Reichen“ genutzt werden, um Wählerstimmen zu ergattern. Es wird bewusst auf den Verdacht angespielt, dass bei den „Reichen“ nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein kann, um zu ihrem Reichtum zu gelangen.

In ihrem ideologischen Eifer übersehen aber Grün, Rot und Tief-Rot oder sie nehmen es bewusst in Kauf, dass sie mit ihren Steuererhöhungssorgien die gesellschaftliche Mitte treffen; also letztlich die Leistungsträger, die unseren Wohlstand sichern und zugleich die Steuern bezahlen, aus denen erst die sozialen Leistungen erbracht werden können. Die „vereinigten Linken“ müssen sich in der Steuerpolitik vielmehr vorwerfen lassen, dass sie den Arbeitnehmern/innen Gerechtigkeit verweigern, indem sie ihnen die Abschaffung der „kalten Progression“ vorenthalten, d.h. ihre Steuerlast wird schon allein durch die Inflation „auf kaltem Wege“ erhöht! Das halten SPD, Grüne und Linke offensichtlich für „gerecht“! Es ist aber Abzocke!

Es war immer schon eine besondere Kunst der Sozialisten, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, um dann auf Kosten gerade dieser Menschen den „gerechten Wohltäter“ zu spielen.

Die Grünen haben inzwischen diese Kunst zur Perfektion entwickelt.

- Grüne Ethik heißt dann bei Steuererhöhungen :  
„Rücksichtsvolle Bürgerlichkeit“ und „Angebot für Altruisten“.
- Das passt dann genau zu dem – falschen, perfiden - Spruch, den ich am Anfang genannt habe:  
„Die Altruisten wählen die Grünen, die Egoisten die FDP“.

#### Nein: Die ethische Antwort der Liberalen lautet ganz anders:

Der sog. sozialen Gerechtigkeit der Grünen und der SPD und der Linken durch Umverteilung nach unten und Steuererhöhungen setzen die Liberalen die **Leistungsgerechtigkeit** entgegen.

Sie besagt: Die Verteilung der Einkommen gilt dann als gerecht, wenn die Einkommen der Leistung der jeweiligen Mitglieder der Gesellschaft entsprechen. Dafür gibt es zwar keine genauen Regeln. Aber es gibt ein liberales ethisches Grundempfinden für Exzesse nach oben und unten.



In diesem Zusammenhang treten wir Liberale auch für **Chancengerechtigkeit** ein. Damit ist gemeint: Die Zugangsrechte auf Bildung und sozialen Aufstieg stehen in Relation zu den gegebenen individuellen Begabungen und den eigenen Anstrengungen!

### **Für Liberale geht es daher immer um Chancengerechtigkeit und nicht um Chancengleichheit!**

Und beim Thema „soziale Gerechtigkeit“ dürfen wir auch nicht Angela Merkel und ihre CDU vergessen. Auch sie ist in den Wettbewerb um mehr soziale Gerechtigkeit eingestiegen, und sie versteht darunter – wie SPD, Grüne und Linke – höhere Transferzahlungen an die sozial Schwächeren. Frau Merkel verspricht den Wählern/innen im Falle eines Wahlsiegs am 22. September teure Wahlgeschenke, wie z.B. eine erweiterte Mütterrente und die Erhöhung des Kindergeldes. Das alles summiert sich auf zusätzliche rd. 30 Mrd. EURO und steht natürlich – so sagt Frau Merkel – unter einem Haushaltsvorbehalt! Das ist schlicht unseriös und eine Verdummung der Wähler/innen – und Bundesfinanzminister Schäuble schweigt zu diesen Wahlgeschenken!

**Meine Damen und Herren,**

### **Zusammengefasst:**

- Die Frage „Brauchen wir eine liberale Ethik?“ beantworte ich mit einem klaren „Ja“.
- Inhaltlich umfasst diese liberale Ethik den genossenschaftlichen Werte-Kanon, symbolisiert in der „Wir eG“ – und auch nachzulesen im Grundsatzprogramm der FDP Baden-Württemberg.
- Ich bin überzeugt:

Die genossenschaftlich fundierte Ethik der Liberalen hat eine gute Chance, die Menschen in unserem Land zu überzeugen, dass mit diesem Werte-Gebäude ihre Zukunft gesichert werden kann. Denn: Ich habe den Eindruck, dass immer mehr Menschen sich von den linken Staatsparteien SPD, Grüne und Linke mit ihren Ge- und Verboten, mit ihrem Umverteilen und ihrem Nivellieren nach unten abwenden. Und diese Menschen sind auch von den Konservativen in CDU und CSU bedient, die am liebsten alles beim Alten lassen wollen.

Denn: Dagegen steht die Erkenntnis des Aphoristikers Georg Christoph Lichtenberg:

“Es muss sich alles ändern, damit es so bleibt, wie es ist.“

### **Daher lauten die Stichworte der Liberalen:**

- Freiheit und soziale Verantwortung gegenüber den Schwachen in der Gesellschaft /
- Solidarität /
- Rechtsstaatlichkeit /
- Toleranz /
- Soziale Marktwirtschaft /
- Bürgergesellschaft /
- Fortschritt und Vernunft /
- Leistungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit.





Der Liberalismus wird Gehör und Einfluss gewinnen, wenn wir zu diesen, unseren Werten auch stehen, sie nach außen offensiver als bisher vertreten und nicht zulassen, dass sie von politischen Gegnern diffamiert oder verdreht werden.

**Und die FDP sollte sich selbst nicht auf den Wirtschaftsliberalismus reduzieren – das sage ich als Wirtschaftspolitiker!**

Sondern die FDP sollte den gesamten Werte-Kanon, den ich genannt habe, herausstellen! Das ist mir sehr wichtig! Denn: SPD, Grünen und Linken geht es nicht um eine traditionelle Sozialisierung im großen Stil. Es geht ihnen um ein stetiges Erdrosseln der freien Gesellschaft und der Sozialen Marktwirtschaft durch Fiskalismus und einen weit gespannten sozialen, ökologischen und ökonomischen Dirigismus, der tief in das Privatleben eingreift! **Und damit ist die Freiheit des einzelnen und der Gesellschaft bedroht! Dagegen müssen wir Liberale kämpfen!**

Und lassen wir uns nicht beirren, wenn wir mit unseren ethischen Grundwerten alleine stehen. Von Jean Paul Sartre, dem französischen Philosophen und Schriftsteller, stammt der Satz: „Wer die Dummköpfe gegen sich hat, der verdient Vertrauen.“

Gewinnen wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, beweisen wir Glaubwürdigkeit, dann gewinnen wir nicht nur die Bundestagswahl **sondern auch die Zukunft!**

**Ich bin sicher, wir schaffen das!**